

„Moralische Erfordernisse ersten Ranges“.  
Protestantische Stimmen zugunsten des deutsch-israelischen  
Botschafteraustausches 1965\*

*Gerhard Gronauer*

Am 12. Mai 2015 blicken die Bundesrepublik Deutschland und der Staat Israel gemeinsam darauf zurück, dass sie vor genau 50 Jahren offizielle diplomatische Beziehungen eingegangen sind. Mit dem Botschafteraustausch 1965 hätte eine „der erstaunlichsten Erfolgsgeschichten der jüngeren Geschichte“ begonnen – urteilt eine große Tageszeitung –, nämlich die intensiven deutsch-israelischen Beziehungen, die nicht nur auf politischer, sondern auch auf wirtschaftlicher, technischer und militärischer Ebene gepflegt werden<sup>1</sup>.

Mit dem Ansehen des Staates Israel steht es in einem großen Teil der deutschen Bevölkerung allerdings nicht besonders gut. Eine von der Bertelsmann-Stiftung im Januar veröffentlichte Studie hat das erneut bestätigt: Das „Bild Deutschlands in Israel (sei) positiver als das der Deutschen von Israel“, und gerade jüngere Deutsche seien überwiegend israelkritisch. Israelis und Deutsche würden sich in ihren Einstellungen mehr und mehr auseinanderentwickeln: „Für die Deutschen gilt die Maxime ‚nie wieder Krieg‘, für die Israelis heißt es ‚nie wieder Opfer‘“, so fasst Direktor Stephan Vopel von der Bertelsmann-Stiftung die Studie zusammen<sup>2</sup>.

Diejenigen Deutschen, die sich als progressiv, friedensbewegt oder interreligiös aufgeschlossen betrachten, haben also kaum Verständnis

---

\* Dieser Aufsatz, der den Erkenntnisstand von Januar 2015 widerspiegelt, geht zurück auf *Gronauer, Gerhard*: Der Staat Israel im westdeutschen Protestantismus. Wahrnehmungen in Kirche und Publizistik von 1948 bis 1972 (AKiZ B 57). Göttingen 2013, 178–193.

1 *Herzinger, Richard*: Das Wunder geht weiter. Die deutsch-israelischen Beziehungen können wir im Jubiläumsjahr 2015 noch vertiefen – im eigenen Interesse. In: Die Welt vom 31.12.2014, 8.

2 *Hagemann, Steffen / Nathanson, Roby*: Deutschland und Israel heute. Verbindende Vergangenheit – trennende Gegenwart? Mit einem Kommentar von Prof. Dr. Dan Diner. Gütersloh 2015, 55; und URL: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2015/januar/deutsche-blicken-skeptisch-auf-israel/> (Abruf am 26.1.2015).

für Israels Militärschläge (wie beim Gazakrieg 2014), die Abfertigung von Palästinensern an den Kontrollposten oder die wachsenden jüdischen Siedlungen im Westjordanland. Dass diese Vorbehalte auch in protestantischen Milieus zu Hause sind, zeigte ein Eklat in Nürnberg. Auf die propalästinensische Mahnwache des ‚Nürnberger Evangelischen Forums für Frieden‘ (NEFF) reagierte die Israelitische Kultusgemeinde (IKG) empört und erklärte, dass NEFF nicht mehr als ernst zu nehmender Gesprächspartner in Frage komme, weil es den Staat Israel ständig delegitimieren und damit Antisemitismus provozieren würde<sup>3</sup>.

Vor diesem Hintergrund hebt es sich ab, dass Anfang der 1960er Jahre vor allem solche Personen und Gruppierungen für die diplomatische Anerkennung des Staates Israel plädierten, die sich innerhalb der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins als progressiv, friedensbewegt oder ökumenisch orientiert verstanden. Bestimmte Theologen und Kirchenvertreter gehörten zu einem eher der SPD nahestehenden Netzwerk aus meist jungen Menschen, die gegen die als ‚reaktionär‘ und antikommunistisch betrachtete Haltung der Bundesregierung protestierten. Die Kampagnen beinhalteten auch Forderungen nach Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und nach Aussöhnung mit dem Judentum. Die Aktionsgruppen verübelten es der Bundesregierung, dass sie nach dem deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommen<sup>4</sup> von 1952 keine weiteren Schritte veranlasst hatte, die zwischenstaatlichen Beziehungen zu normalisieren. Sie hatten kein Verständnis dafür, dass sich Bonn abwartend verhielt, um die internationale Anerkennung der DDR zu verhindern<sup>5</sup>.

In dieser Atmosphäre war es nur noch eine Frage der Zeit, bis kirchlich engagierte Persönlichkeiten an die Leitungen der EKD und

---

3 Siehe *Franke*, Andreas: Mahnwache geriet zu hitziger Veranstaltung. Konflikt zwischen Evangelischem Friedensforum und jüdischen Organisationen über Palästina-Veranstaltung. In: *Nürnberger Nachrichten* vom 1.12.2014, 13.

4 Auch ‚Schilumim‘-Abkommen oder ‚Luxemburger Vertrag‘ genannt. Siehe *Weingardt*, Markus: Deutsche Israel- und Nahostpolitik. Die Geschichte einer Gratwanderung seit 1949. Frankfurt a. M. / New York 2002, 72–105.

5 Diese Sorge der Bundesregierung war in den 1950er Jahren nicht unbegründet. So *Jelinek*, Yeshayahu A. / *Blasius*, Rainer A.: Ben Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria. Gesprächsaufzeichnungen vom israelisch-deutschen Gipfeltreffen in New York am 14. März 1960. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 45 (1997), 309–344, hier 310.

ihrer Gliedkirchen appellierten, zugunsten der deutsch-israelischen Aussöhnung aktiv zu werden. Diese Menschen trugen zu einem innerkirchlichen Klima bei, das schließlich den Rat der EKD zu einer Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung bewog, die vom Ratsvorsitzenden Kurt Scharf am 26. Oktober 1964 unterzeichnet wurde. Nicht nur bei der ‚Ostdenkschrift‘<sup>6</sup> von 1965, auch im Blick auf Israel agierten kirchliche Kreise auf der einen, die EKD und einige ihrer Gliedkirchen auf der anderen Seite in einem Sinn, der als politisch fortschrittlich galt. So hatte der westdeutsche Protestantismus den öffentlichen Druck erheblich mit verstärkt, durch den Bundeskanzler Ludwig Erhard (CDU) sich gezwungen sah, gegen den Willen des Außenministers die Anerkennung Israels in die Wege zu leiten<sup>7</sup>.

Im Folgenden geht es um einen Überblick über die evangelischen Stimmen und Initiativen, die im Brief des Rates der EKD an die Bundesregierung gipfelten.

#### 1. Israelreisen als Auslöser proisraelischen Engagements

Ende der 1950er Jahre begannen kirchliche Gruppen vermehrt nach Israel zu reisen. Die Teilnehmer waren sich bewusst, dass sie als An-

---

6 Siehe *Greschat*, Martin: Der Protestantismus in der Bundesrepublik Deutschland 1945–2000. Leipzig 2011, 85–90.

7 Zur politischen Vorgeschichte des Botschafteraustausches siehe *Jelinek*, Yeshayahu A.: Deutschland und Israel 1945–1965. Ein neurotisches Verhältnis (Studien zur Zeitgeschichte 66). München 2004, 431–467: Nachdem der DDR-Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht von Ägyptens Präsident Nasser im Februar 1965 empfangen wurde und die ‚Hallstein-Doktrin‘ damit hinfällig geworden zu sein schien, beschloss Erhard am 7.3. ohne Rücksprache mit anderen Regierungsmitgliedern, „dem Staat Israel die Aufnahme diplomatischer Beziehungen anzubieten. Der Zorn im Auswärtigen Amt und selbst im Kanzleramt war erheblich“ (ebd., 458). Die Knesset stimmte am 16.3. für diplomatische Beziehungen, die durch den Notenaustausch beider Regierungschefs am 12.5. offiziell wurden. Im August 1965 traten die Botschafter ihren Dienst an: Asher Ben Natan in Bonn und Rolf Friedemann Pauls in Tel Aviv. Von den 13 arabischen Staaten hielten nach Abschluss der Vereinbarungen nur Marokko, Tunesien und Libyen ihre Beziehungen zur Bundesrepublik aufrecht. Allerdings kam es auch nicht zur befürchteten Anerkennung Ost-Berlins. Nach einigen Jahren stellten auch die anderen arabischen Staaten die abgebrochenen Beziehungen zur Bundesrepublik wieder her.

gehörige des Tätervolks den Überlebenden des größten deutschen Verbrechens gegenübertraten. Den israelischen Reiseführern vor Ort gelang es, mit ihren Schilderungen der gewaltigen Aufbauleistungen der jungen Nation einen bleibenden Eindruck zu hinterlassen. Davon zeugen die Reiseberichte, die nach solchen Aufenthalten im Nahen Osten entstanden sind. Deren Autoren beschreiben die Israelis ganz unkritisch als ideale Menschen, sehen in den Kibbuzim die perfekte Gesellschaftsform etabliert und fühlen sich an die blühenden Landschaften biblischer Verheißungen erinnert<sup>8</sup>.

Im März 1958 hielt sich der Bad Vilbeler Pfarrer Adolf Freudenberg, evangelisches Vorstandsmitglied des ‚Deutschen Koordinierungsrats der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit‘, in Israel auf. Begleitet wurde er von seiner Tochter Brigitte und deren Ehemann Helmut Gollwitzer, der an der Freien Universität in West-Berlin Theologie lehrte. In seinem Bericht zur Reise beklagte Freudenberg, dass es noch immer keine diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Staat Israel gebe. Er meinte zu wissen, dass die ‚Hallstein-Doktrin‘ und andere politische Überlegungen die eigentlichen Gründe für die Zurückhaltung der Bundesregierung wären. Trotzdem sei endlich „nachzuprüfen, ob diese Ursachen [...] den Erfordernissen einer lebensvollen Entwicklung der wirtschaftlichen, geistigen und politischen Beziehungen zu Israel“ noch genügten<sup>9</sup>. Falls es zur Errichtung einer deutschen Botschaft in Israel kommen würde, sollte dies nach Ansicht des Pfarrers auf alle Fälle in West-Jerusalem geschehen, nicht in Tel Aviv.

Auch der über 70-jährige Berliner Propst i. R. Heinrich Grüber setzte sich dafür ein, „in Deutschland [...] die Notwendigkeit deutlich zu machen, diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel aufzunehmen.“<sup>10</sup> Dieses Anliegen hatte er weniger aufgrund seiner früheren Tätigkeit als Bevollmächtigter des Rates der EKD bei der Regierung der DDR ausgebildet. Vielmehr hatten ihn

---

8 Siehe z. B. *Gollwitzer*, Helmut: Israel, das aufregendste Land der Erde. In: *Kirche in der Zeit* 13 (1958), 160–162. – Weitere Nachweise bei *Gronauer*, Staat Israel (wie Anm. \*), 127–132 und 302–304.

9 Reisebericht A. Freudenbergs vom 10.5.1958, Kopie (EZA Berlin 686, Nachlass Helmut Gollwitzer, 736).

10 *Grüber*, Heinrich: *Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten*. Köln 1968, 411.

die Kontakte zu Juden und zu Christen jüdischer Herkunft dazu veranlasst, also zu Menschen, denen er ab 1938 als Leiter der Hilfsstelle für ‚nichtarische‘ Christen (‚Büro Grüber‘) und ab 1940 als KZ-Häftling begegnete. Nicht nur das Wissen um die deutsche Schuld bewog Grüber dazu, auf seinen zahlreichen Vortragsreisen um Verständnis für den Staat Israel zu werben. Grüber rekurrierte auf die biblische Heilsgeschichte und sah damit im modernen Israel eine Fortführung des alttestamentlichen Gottesvolkes: „Wir wissen, daß über diesem Volk, das durch die Jahrhunderte verfolgt wurde, die Verheißung des Herrn der Geschichte steht: ‚Ich will dich behüten wie meinen Augapfel!‘“<sup>11</sup> Dass sich Grüber für die deutsch-israelische Aussöhnung aussprach, hatte für ihn auch einen theologischen Hintergrund, der über rationale und moralische Betrachtungsweisen hinausging.

Um Mitglieder des Rates der EKD und andere Kirchenvertreter von der Notwendigkeit einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu überzeugen, reiste Grüber mit ihnen vom 1. bis 12. November 1962 nach Israel. Es habe sich um eine „Delegation aus der Evangelischen Kirche in Deutschland“ gehandelt, die in „halboffiziell(em)“ Auftrag unterwegs gewesen sei, wie die Kirchenpresse berichtete<sup>12</sup>. Den Berliner Propst begleiteten 31 Personen, darunter Günter Heidtmann, Chefredakteur des Periodikums „Kirche in der Zeit“; Wilhelm Niesel, Moderator des Reformierten Bundes; Kurt Scharf, Leiter der Abteilung Brandenburg beim Konsistorium Berlin-Brandenburg und Bischofsverweser für das Kirchengebiet auf DDR-Territorium sowie EKD-Ratsvorsitzender; Ernst Wilm, Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen; und Adolf Wischmann, Präsident des Kirchlichen Außenamtes der EKD. Unter den Reisenden gehörten Niesel, Wilm und Scharf dem Rat der EKD an. Die Teilnehmer hatten während der NS-Zeit zum größten Teil der Bekennenden Kirche angehört, darunter auch ehemalige Mitarbeiter des ‚Büros Grüber‘.

---

11 *Propst Grüber zur Israelfrage*. In: *Junge Kirche* 25 (1964), 325f.

12 *Reise nach Israel*. Im Zeichen der Versöhnung. In: *Evangelische Welt* 16 (1962), 700f., hier 700. – Ähnlich formulieren *Seeger*, Hans / *Heidtmann*, Günter: Mit Propst D. Grüber in Israel. Ein Reisebericht. In: *Kirche in der Zeit* 17 (1962), 498–501, hier 498.

Die mehrdeutigen Formulierungen der Kirchenpresse wurden in der Öffentlichkeit allerdings dahingehend verstanden, dass es sich um eine offizielle Reise einer EKD-Delegation gehandelt habe. Daher beschwerte sich Ende November der württembergische Altbischof Martin Haug während der EKD-Ratssitzung, dass nicht alle Ratsmitglieder zur Teilnahme eingeladen worden seien. Es sei falsch, dass die Unternehmung in der Presse „als offiziöse, wenn nicht offizielle Reise einer Delegation der Evangelischen Kirche in Deutschland hingestellt“ werde<sup>13</sup>. Kurt Scharf konstatierte daraufhin, es habe sich um eine reine ‚Privatunternehmung‘ auf Veranlassung Grübers gehandelt. Diese Kennzeichnung widersprach allerdings der Selbst- und Fremdwahrnehmung der Reisegruppe, die vor der Öffentlichkeit so auftrat, als würde sie den deutschen Protestantismus repräsentieren. Scharf wurde beauftragt, bei Grüber ausdrücklich nur mündlich<sup>14</sup> nachzufragen, warum nicht alle Ratsmitglieder Einladungen erhalten hätten. Es kann somit nicht geklärt werden, ob bestimmte Ratsmitglieder bewusst nicht teilnehmen sollten.

Die Reise führte durch die verschiedenen Teile des Landes. Am 9. November nahm die ‚Delegation‘ am Gedenkakt zum 24. Jahrestag der Novemberpogrome in Yad Vashem teil, in den Augen der Teilnehmer „der Zielpunkt der Reise“<sup>15</sup>. Grüber hielt im Rahmen einer Kranzniederlegung eine Ansprache, in der er der Opfer der Schoah gedachte. Danach sprachen Niesel, Scharf und Wilm in ihrer Funktion als EKD-Ratsmitglieder beim Empfang durch Leon Kubovi, den Leiter der Gedenkstätte, über „das vergangene, gegenwärtige und zukünftige Verhältnis der Christenheit in Deutschland zum jüdischen Volk.“<sup>16</sup>

Scharf referierte über die kirchliche *Gegenwart* in Deutschland. So habe die EKD vor dem „Auftauchen neofaschistischer Erschei-

13 Protokoll der EKD-Ratssitzung in Berlin vom 29./30.11.1962, Kopie (EZA Berlin 2/5253).

14 So handschriftlicher Vermerk unter der Protokollabschrift (ebd.).

15 *Niesel*, Wilhelm: Gedenkfeier in Yad Washem zu Jerusalem am 9. November 1962. In: Reformierte Kirchenzeitung 103 (1962), 517–519, hier 517.

16 *Reise* (wie Anm. 12), 700. – Die folgenden Reden von Scharf und Wilm sind wiedergegeben nach: *Grüber*, Heinrich / *Niesel*, Wilhelm / *Scharf*, Kurt u. a.: Evangelische Zeugnisse gegenüber Israel. Ansprachen bei der Gedenkstunde an den 9. November 1938 am 9. November 1962 in Jad Vashem, Jerusalem. In: Kirche in der Zeit 17 (1962), o. S. [Beilage zu Heft 12].

nungen“ gewarnt und angesichts des Eichmann-Prozesses zur Buße aufgerufen. Der 9. November gehe die Christenheit nicht nur als Gedenktag der „Kristallnacht“ etwas an, sondern auch als 10. Todestag des ersten israelischen Präsidenten Chaim Weizmann. Das kirchliche Engagement zur jüdisch-christlichen Verständigung, insbesondere die Aktion Sühnezeichen und die „Arbeitsgemeinschaft Juden und Christen auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag“ wurden hervorgehoben. Scharf schloss seine Ansprache mit einem Hinweis auf die heilsgeschichtliche Rolle des jüdischen Volkes, zu der auch der Aufbau des Staates Israel gehöre. Für Scharf handelte es sich um den ersten Israelaufenthalt, den er sehr emotional erlebte<sup>17</sup>.

Der heilsgeschichtliche Schluss der Worte Scharfs in Yad Vashem bildete die Überleitung zu den Ausführungen Wilms. Auch wenn dieser über die *zukünftigen* Aufgaben der Christenheit referieren sollte, blieb er doch mehr der Vergangenheit und der Gegenwart verhaftet. Wilm sprach von der Aufgabe der Erinnerung an die „sechs Millionen Toten“, „damit unsere nachfolgende Generation davor bewahrt wird, wieder auf so furchtbare Irrwege zu geraten.“ Nicht nur das Gedenken der Toten sei wichtig, sondern auch die Solidarität mit den lebenden Juden. Hier drückte Wilm seine Bewunderung für die Aufbauarbeit des israelischen Staates aus. Abschließend bekannte er sich zur Notwendigkeit einer baldigen Aufnahme von diplomatischen Beziehungen, die er als „eine Sache der politischen Ethik“ behandelte: „Irgendwelche Rücksichtnahme auf andere Völker darf hier kein Hinderungsgrund sein. Wir werden das jedenfalls zu Hause in Deutschland aussprechen.“<sup>18</sup>

Zwei Jahre später sollte sich herausstellen, wie die Reiseeindrücke von Niesel, Scharf und Wilm die Diskussionen im Rat der EKD beeinflussten. Insgesamt prägte die Reise das Israelbild der Teilnehmer und förderte die deutsch-israelischen Beziehungen, jedenfalls auf deutscher Seite. Heidtmann bedauerte, dass in Yad Vashem keine prominenten Israelis zugegen gewesen wären und selbst Kubovi als Gastgeber das Treffen vorzeitig hätte verlassen müssen<sup>19</sup>.

---

17 So Scharf, Kurt: Eindrücke in Israel. In: Messiasbote 31 (1963), H. 2, 3f.

18 Grüber / Niesel / Scharf, Zeugnisse (wie Anm. 16), o. S.

19 So Seeger / Heidtmann, Propst (wie Anm. 12), 500.

Eine gegenüber der EKD-„Delegationsreise“ ganz anders ausgerichtete Fahrt ließ 1963 erkennen, dass Israel-Engagement eine Vernetzung von Einzelpersonen zu größeren Gruppierungen nötig machen konnte. Theologen ohne den Rang eines kirchenleitenden Amtes mussten sich für säkulare Kreise öffnen, wollten sie ihre politischen Ziele wirkungsvoll artikulieren. Ein wichtiger Anlaufpunkt waren die seit 1957 entstandenen „Deutsch-Israelischen Studiengruppen“ (DIS), die an verschiedenen Hochschulstandorten vom akademischen Nachwuchs gebildet wurden. Dozenten aus den theologischen Fakultäten und für Israel aufgeschlossene Kirchenvertreter waren hier gern gesehene Referenten.

Der 38-jährige Rolf Rendtorff, Professor für Altes Testament und Rektor der Kirchlichen Hochschule in West-Berlin, begleitete im Frühjahr 1963 eine DIS-Gruppe durch das Heilige Land. Es war sein erster Aufenthalt im Staat Israel, nachdem er 1959 nur das jordanische Ost-Jerusalem bereist hatte. Seine erste Israelreise war für die Herausbildung seines theologischen und politischen Profils „von großer Bedeutung“, nicht zuletzt durch die Nähe zu den progressiv eingestellten Studenten, die auch einige Wochen in einem Kibbuz mitarbeiteten: „Dies war der Anfang meiner ‚Politisierung‘.“<sup>20</sup> Nach der Rückkehr wusste Rendtorff, dass er sich für eine baldige Aufnahme diplomatischer Beziehungen einzusetzen habe.

Rendtorff fand Unterstützung im West-Berliner Pfarrer Dieter Schoeneich, der fast zur gleichen Zeit wie er mit einer Gruppe von Gemeindeführern in Israel gewesen war. Gemeinsam wollten sie verschiedene Bundestagsabgeordnete von der Notwendigkeit eines Botschafteraustausches überzeugen und suchten dafür noch eine kirchenleitende Persönlichkeit, die dem Vorhaben mehr Autorität verleihen würde. So wandten sie sich am 29. Mai 1963 an Martin Niemöller, den Kirchenpräsidenten der Evangelischen Kirche in

---

20 Rendtorff, Rolf: Mein Weg nach Israel. Persönliche und theologische Erfahrungen in vierzig Jahren. In: *Begegnungen. Zeitschrift für Kirche und Judentum* 86 (2003), H. 4, 2–7, hier 3; und *Ders.: Identifikation mit Israel?* In: *Kirche und Israel* 7 (1992), 136–144, hier 138. – Eine Diskussion von Rendtorffs Israelverständnis findet sich bei *Nieswandt, Reiner: Abrahams umkämpftes Erbe. Eine kontextuelle Studie zum modernen Konflikt von Juden, Christen und Muslimen um Israel/Palästina* (Stuttgarter Biblische Beiträge 41). Stuttgart 1998, 234–239.

Hessen und Nassau. Dieser schien ihnen aufgrund seiner Kirchenkampferfahrung ein geeigneter Ansprechpartner zu sein. Da wegen der Mitwirkung deutscher Techniker an der ägyptischen Rüstungsforschung erneut eine Gefährdung jüdischen Lebens von Deutschen ausgehe, so der Brief an Niemöller, bedeute eine Stellungnahme für Israel „nicht eine einseitige Parteiergreifung gegen die arabischen Staaten“, sondern sei Ausdruck moralischer Verantwortung, der sich auch die Kirche nicht entziehen könne<sup>21</sup>. Obwohl Rendtorff und Schoeneich versuchten, mit dieser Formulierung den zu erwartenden Einwand einer proisraelischen Einseitigkeit zu entkräften, machte ihnen der Kirchenpräsident unmissverständlich klar, dass er sich mit der politischen ‚Israelfrage‘ nicht näher befassen wolle und nur ein solches Nahostengagement befürworte, das mehr Verständnis für arabische Positionen zeige. In der Kampagne für den Botschafteraustausch vermisste Niemöller die Äquidistanz:

„Dass sich die Araber durch die Schaffung eines jüdischen Staates in der Mitte der arabischen Welt durch Eingreifen von aussen gefährdet und attackiert sehen, das kann ich ihnen nicht übel nehmen. Und ich glaube nicht, dass unsere deutsche Schuld gegenüber den Juden durch die Unterstützung des Staates Israel in irgendeiner Weise geringer wird [...] Inwiefern aber die Evangelische Kirche eine positive Aufgabe und ein positives Interesse am Staate Israel haben soll oder darf, ist mir bis zur Stunde schleierhaft.“<sup>22</sup>

So sollte Niemöller zwar zur Ikone der Friedensbewegung werden, kam allerdings für einen christlich-jüdischen Dialog, der eng mit der deutsch-israelischen Annäherung verzahnt war, nicht mehr in Frage. Anstelle von Niemöller konnte Kurt Scharf dazu gewonnen werden, zusammen mit Rendtorff und Schoeneich von Berlin nach Bonn zu fahren, um „im Bundestag Leute zu finden, die bereit waren, sich für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel zu engagieren.“<sup>23</sup> Aus diesen Politikerbegegnungen entstand schließlich die Idee zur Gründung einer ‚Deutsch-Israelischen Gesellschaft‘ (DIG), die 1966

---

21 Brief Rendtorffs und Schoeneichs an Niemöller vom 29.5.1963 (ZAEKHN Darmstadt 62/684).

22 Brief Niemöllers an Rendtorff vom 16.6.1963, Kopie (ZAEKHN Darmstadt 62/684).

23 Rendtorff, Identifikation (wie Anm. 20), 138. – Vgl. Brief Schoeneichs an Scharf vom 26.5.1964 (EZA Berlin 81/2/256).

auch erfolgte. Innerhalb des Rates des EKD sollte sich Scharf als derjenige erweisen, mit dem ‚Israeltheologen‘ in Hochschule und Kirche rechnen konnten.

Ein Theologe, der ähnliche Überzeugungen vertrat wie Scharf, war Helmut Gollwitzer, der bereits 1958 seinen Schwiegervater Freudenberg nach Israel begleitet hatte. Gollwitzers jüngste Nahostreise, die ihn mit Ehefrau Brigitte ab dem 25. März 1963 für mehrere Wochen durch Libanon, Jordanien und Israel führte, war vom Unmut über die stockende deutsch-israelische Annäherung geprägt<sup>24</sup>. Als sie am 23. April ihre Heimreise in Haifa antraten, konnten sie vom Schiff aus Rendtorffs DIS-Gruppe grüßen. Die politischen Eindrücke der Reise wertete Gollwitzer aus, indem er im Juni 1963 an der Freien Universität in West-Berlin auf Einladung der DIS auf die Herstellung amtlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel zu sprechen kam. Unter den Zuhörern war auch Kollege Rendtorff<sup>25</sup>. Gollwitzer forderte von der Bundesregierung ein Bekenntnis zur deutschen Verantwortung für den Staat Israel, wozu an erster Stelle der Botschafteraustausch gehöre. Er warf der Bundesregierung vor, einer einseitig proarabischen Maxime zu folgen: „Es gibt 40 Millionen Araber und 2 ½ Millionen Israelis, und danach müssen wir uns doch richten!“<sup>26</sup> Indem Gollwitzer Sacharja 2,12 zitierte – Israel als Gottes Augapfel –, verließ er die Ebene diskursiver Vernunft, bezog sich – wie Grüber – auf die göttliche Heilsgeschichte und drohte der Bundesregierung indirekt mit dem Gericht Gottes.

Als Freudenberg sieben Jahre nach seiner ersten Israelreise, am 6. März 1965, erneut israelischen Boden betrat, ahnte er noch nicht, dass der Bundeskanzler einen Tag später seine Entscheidung zugunsten der diplomatischen Beziehungen fällen würde. Freudenberg registrierte, dass sich die Israelis zwar „von uns verraten und verkauft“ fühlten, jedoch neues Vertrauen schöpften. Als er Ende März in Sde Boker eine Audienz bei David Ben-Gurion erhielt, wusste er bereits vom Vorstoß des Bundeskanzlers und unterhielt

---

24 S. a. handschriftl. Reisetagebuch B. Gollwitzers (EZA Berlin 686/561).

25 So Rendtorff, Rolf: Hat sich unser Israel-Engagement gewandelt? In: Baudis, Andreas u. a. (Hg.): Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens. Helmut Gollwitzer zum 70. Geburtstag. München (1979), 155–166, hier 155.

26 Gollwitzer, Helmut: Der Staat Israel und die Araber. In: Stimme 16 (1964), 73–84, 105–116, hier 80.

sich mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten über eine weitergehende Normalisierung der deutsch-israelischen Beziehungen. Nach wie vor war Freudenberg davon überzeugt, dass der Sitz des deutschen Botschafters unbedingt in Jerusalem sein sollte, denn „Jerusalem ist die längst etablierte und gesetzmäßige Hauptstadt des Landes.“<sup>27</sup>

## 2. Exkurs: Die Beiträge der „Jungen Kirche“

Freudenbergs Reiserückblicke zeigen genauso wie eine ganze Reihe von ähnlichen Berichten, Zeitschriftenaufsätzen und profilierten Stellungnahmen aus dem evangelischen Raum, dass die ungelöste Frage nach den diplomatischen Beziehungen zwischen dem Staat Israel und der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren vor 1965 als ein großes politisches und moralisches Problem empfunden wurde.

Das galt besonders für die Autoren(kollektive), die in der Zeitschrift ‚Junge Kirche‘ publizierten, einem Periodikum, das aus dem Kirchenkampf hervorgegangen war und seit 1952 den Untertitel ‚Protestantische Monatshefte‘ führte. Damit war der Anspruch verbunden, „die echten Traditionen des Protestantismus“ zu repräsentieren und unter Relativierung der konfessionellen Unterschiede für die Einheit der Reformationskirchen sowie für die Mündigkeit der Gemeinde einzutreten<sup>28</sup>. Das Kontinuum zur Bekennenden Kirche erblickten die Herausgeber in der Kritik an den gegebenen politischen Verhältnissen und in der Ablehnung der als ‚restaurativ‘ titulierten Neuordnung der EKD im Jahr 1948. Die ‚Junge Kirche‘ gehörte somit zu den protestantischen Periodika, die mit dem größten politischen Veränderungswillen auftraten.

In diesem Sinne wurden zahlreiche, auch die in Abschnitt 3 aufgeführten Stellungnahmen für ein besseres deutsch-israelisches Verhältnis im Vorfeld des 12. Mai 1965 in der ‚Jungen Kirche‘ abgedruckt. Die Texte setzten voraus, dass sich bei der Frage des Botschafteraustauschs zeige, ob die Deutschen aus ihrer Vergangenheit gelernt hätten und ob die Christen das Verhältnis zu den Juden

---

27 Reisebericht A. Freudenbergs von April–Oktober 1965, Kopie, 12 (ZAEKHN Darmstadt 62/577).

28 *Iwand*, Hans-Joachim: Warum ‚Protestantische Monatshefte‘? In: *Junge Kirche* 13 (1952), 354–361, hier 358.

wirklich auf eine neue Grundlage stellen wollten<sup>29</sup>. Die Artikel enthielten in der Regel Appelle an die Regierenden und an die Bevölkerung, oder sie forderten den mündigen Zeitgenossen zu gesellschaftlichem Engagement auf<sup>30</sup>. Auch wenn Aufforderungen an Politiker überwogen, appellierten die Texte durchaus an die EKD und an einzelne Gliedkirchen<sup>31</sup>. Das Stuttgarter Schuldbekenntnis von 1945 müsse sich jetzt darin bewähren, so der Tenor, dass die Kirche für die völkerrechtliche Anerkennung eintrete. Nicht nur die Deutschen als Bürger eines Staates, auch die Christen, insbesondere die Kirchenleitungen, wurden in die Verantwortung genommen.

Es war auffallend, dass innerhalb der ‚Jungen Kirche‘ das Plädoyer für diplomatische Beziehungen mit Israel einhellig war. Das galt auch für andere Periodika, sofern sie sich mit diesem Thema auseinandersetzten. Nur an einer Stelle wurde darauf hingewiesen, dass die Forderung des Botschafteraustauschs keine Aufgabe von Kirche und Theologie sei<sup>32</sup>.

3. Briefe an die Bundesregierung und den Rat der EKD vor Juli 1964  
 Eineinhalb Jahre nach Gollwitzers Israelreise schloss sich dieser mit Rendtorff und zwölf anderen Hochschullehrern zusammen, um am 16. November 1964 an Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier (CDU), an Bundeskanzler Erhard, an Bundesaußenminister Gerhard

---

29 Vgl. *Wilm*, Ernst: Was ich sagen möchte. In: *Junge Kirche* 26 (1965), 65–66; und *Fahlbusch*, Willi u. a.: Betr.: Diplomatische Anerkennung Israels. In: *Junge Kirche* 25 (1964), 703. – Weitere Nachweise bei *Gronauer*, Staat Israel (wie Anm. \*), 298–300.

30 Vgl. *Kupisch*, Karl: Die Erklärung des Kirchentages zur Judenfrage. In: *Junge Kirche* 22 (1961), 540–543; und *Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit*: Aufruf. In: *Junge Kirche* 25 (1964), 627–628.

31 Vgl. *Evangelische Studentengemeinde* (ESG): Stellungnahme zum Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu Israel, beschlossen von der Hochschulkommission der Evangelischen Studentengemeinde in Deutschland. 26 (1965), 175–176.

32 Siehe *Reinhardt*, Paul: Kommentar des Monats. In: *Lutherische Monatshefte* 3 (1964), 249: „Wenn es z. B. unlängst hieß, solange die Bundesrepublik den Staat Israel noch nicht anerkannt habe, ‚sollten wir uns schämen, überhaupt mit Juden über Christus zu sprechen‘, so kann solche Rede nur als ein höchst bedauerliches Zeichen der Vermischung theologischer und politischer Argumentation bezeichnet werden.“

Schröder (CDU) und an weitere Politiker einen ‚Offenen Brief‘ zu richten, der in der Frage gipfelte, ob die Bundesrepublik wirklich mit dem ‚Geiste der Hitlerzeit‘ gebrochen habe, weil sie – abgesehen von der arabischen Welt – zu den wenigen Staaten gehöre, die Israel eine normale Anerkennung verweigerten<sup>33</sup>. Die Bundesregierung müsse nun zeigen, dass sie nicht in Kauf nehme, dass „wiederum die Vernichtung von Juden mit deutscher Unterstützung“ betrieben werde<sup>34</sup>.

Bereits ein halbes Jahr später folgte ein ähnliches Schreiben, in dem Gollwitzer ‚im Namen von über 400 deutschen Hochschullehrern‘ davor warnte, „daß wir uns aufs neue schämen müssen, Deutsche zu sein.“<sup>35</sup> Auch wenn der Bundestagspräsident weniger Interesse am deutsch-israelischen Dialog zeigte als z. B. sein Vize Carlo Schmid (SPD), stimmte Gerstenmaier dem Anliegen der Bittsteller im Grundsatz zu, hatte er sich doch bereits im Oktober 1963 für eine ‚Normalisierung‘ der deutsch-israelischen Beziehungen ausgesprochen<sup>36</sup>.

Dass sich die ‚Kirchliche Bruderschaft in Westfalen‘ unter der Federführung des Dortmunder Oberkirchenrats Heinz Kloppenburg dem Schreiben der 400 Hochschullehrer anschloss, weist erneut darauf hin, dass sich das politische Engagement über den akademischen Bereich hinaus in den kirchlichen Raum hinein erstreckte<sup>37</sup>. Schon im Jahr zuvor hatte sich der Leiterkreis der ‚Kirchlichen Bruderschaft in Württemberg‘ auf seiner Stuttgarter Landestagung

---

33 So *Vierzehn Hochschullehrer*. Diplomatische Anerkennung Israels. Offener Brief an die Bundesregierung. In: Junge Kirche 26 (1965), 26–28, hier 27.

34 *Vierzehn Hochschullehrer*, Anerkennung (wie Anm. 33), 28. – Mit der befürchteten „Vernichtung von Juden mit deutscher Unterstützung“ war die Tatsache gemeint, dass deutsche Rüstungsexperten, darunter ehemalige Nationalsozialisten, in Ägypten tätig waren. Die israelische Regierung beschäftigte sich damit seit 1962 und sah darin eine erneute Bedrohung durch Deutsche. Für Y. A. Jelinek waren die israelischen Befürchtungen allerdings übertrieben und Teil einer Kampagne gegen die Bundesregierung (so *Jelinek*, Deutschland (wie Anm. 7), 418–419).

35 *Gollwitzer*, Helmut: Telegramm an Bundeskanzler Erhard. In: Junge Kirche 26 (1965), 176. – An den Bundeskanzler am 12.2.1965.

36 So Gerstenmaier bei einer Ausstellungseröffnung am 14.10.1963 (EZA Berlin 87/849).

37 So *Kloppenburg*, Heinz: Telegramm der Kirchlichen Bruderschaft in Westfalen an Bundeskanzler Erhard vom 16.2.1965. In: Junge Kirche 26 (1965), 176.

vom 22. bis 24. Mai 1964 darüber empört, dass die Bundesrepublik zu Ägypten, wo gesuchte Nazis Unterschlupf gefunden hätten, diplomatische Beziehungen unterhalte, nicht aber zu Israel. Die württembergische Bruderschaft bezog ihre Legitimation aus den Erfahrungen der Bekennenden Kirche, deren politische Frontstellung sie in die Nachkriegszeit hinein verlängerte, wodurch sie in Opposition zur ‚bürgerlichen‘ Ordnung der verfassten EKD und ihrer Gliedkirchen geriet. Die an Kurt Scharf gesandte Erklärung der Bruderschaft von Mai 1964 machte deutlich, dass sie sich weniger aus Israelliebe, sondern eher aus allgemein gesellschaftspolitischen Erwägungen heraus zum Handeln gerufen sah. Denn mehr als andere Verlautbarungen betonte diese Erklärung, dass man das Plädoyer für eine diplomatische Anerkennung Israels nicht antiarabisch verstanden wissen wollte: „Wir verkennen nicht, daß die Begründung des israelischen Staates unter problematischen Umständen erfolgt ist.“ Zudem solle durch Kontaktaufnahme zu Muslimen der Hass der Araber auf Israel abgebaut werden. Der Text der Bruderschaft wies auch eine starke innenpolitische Komponente auf, indem man bei den Deutschen eine Doppelmoral diagnostizierte, die sich zwar über „das unversöhnliche arabische Vorgehen“ echauffierten, gleichzeitig aber „nationale Rechtsansprüche auf die Ostgebiete“ erhoben<sup>38</sup>.

Diese Auflistung an evangelischen Stimmen zugunsten eines deutsch-israelischen Botschafteraustauschs ließe sich noch weiterführen<sup>39</sup>. Zahlreichen Verlautbarungen von Gruppen und Initiativen war gemeinsam, dass deren primäres Ziel nicht die Begegnung mit dem Judentum war. Vielmehr waren die Appelle zugunsten Israels Teil einer umfassenden Protestkampagne, die auch von der Abgrenzung vom innenpolitischen und innerkirchlichen Gegner motiviert war. So verfestigte sich mehr und mehr eine öffentliche Meinung innerhalb des Protestantismus, die weder die Kirchenleitungen noch letztlich die Bundesregierung ignorieren konnten. Im Juli 1964 hatte die Diskussion im Rat der EKD begonnen.

---

38 *Kirchliche Bruderschaft in Württemberg*: Israel und wir Deutschen heute. In: *Junge Kirche* 25 (1964), 326–327.

39 Weitere Nachweise bei *Gronauer*, *Staat Israel* (wie Anm. \*), 185.

#### 4. Das Engagement des Rates und der Gliedkirchen der EKD

In der 25. Sitzung des Rates der EKD vom 2. und 3. Juli 1964 setzte sich Wilhelm Niesel dafür ein, dass der Rat bei der Bundesregierung für die Herstellung diplomatischer Beziehungen zum Staat Israel eintrete<sup>40</sup>. Es ist davon auszugehen, dass dieses Plädoyer zum einen auf die Israelreise von November 1962 zurückging. Zum anderen spielten die nicht mehr zu überhörenden Stellungnahmen engagierter Kirchenvertreter eine Rolle. Kurz vorher hatten sich bereits Grüber und Freudenberg im Namen der ‚Arbeitsgemeinschaft Juden und Christen auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag‘ an Niesel und an den Präses der EKD-Synode, Hans Puttfarcken, gewandt, nachdem schon Ratsvorsitzender Scharf eine Erklärung der ‚Kirchlichen Bruderschaft in Württemberg‘ erhalten hatte. Obwohl der Rat der EKD durch Stellungnahmen dieser Art mehr und mehr in Zugzwang geriet, machte Hermann Kunst, der Bevollmächtigte des Rates bei der Bundesregierung, auf der Sitzung im Juli Vorbehalte geltend, die sich aus einem Gespräch mit Bundesaußenminister Schröder ergeben hatten<sup>41</sup>. Der Haupteinwand war, dass man die Zementierung der deutschen Teilung durch die Anerkennung der DDR von Seiten der arabischen Staaten verhindern wollte, was für Kunst mit dem Interesse der (noch) gesamtdeutschen EKD übereinstimmte. Somit befand sich Kunst gegenüber den proisraelischen Vorstößen Nielsels in der Rolle des Antipoden, da seine Haltung mit der Position des Auswärtigen Amtes korrelierte. Zunächst beschloss der Rat, dass Kunst die Frage nach dem Botschafteraustausch noch einmal mit Bonn besprechen und dabei ankündigen solle, dass die EKD eine öffentliche Verlautbarung beabsichtige<sup>42</sup>.

Auf der 26. Sitzung des Rates vom 26. und 27. August berichtete Kunst über die Ergebnisse seiner Gespräche sowie den gegenwärtigen Stand der bundesdeutschen Außenpolitik und akzentuierte dabei

---

40 So Protokoll der EKD-Ratssitzung vom 2./3.7.1964, Kopie (EZA Berlin 2/1810, 2/5253 u. 87/850).

41 So Brief Kunsts an Scharf vom 6.11.1964 (EZA Berlin 87/850).

42 So Brief der Kirchenkanzlei (v. Harling) an Kunst vom 16.7.1964 (EZA Berlin 2/5253 und 87/850).

erneut die Vorbehalte gegen den Botschafteraustausch<sup>43</sup>. Zu seinem Leidwesen wurde über den Vortrag nicht mehr diskutiert, obwohl bereits auf der nächsten Sitzung die Entscheidung fallen sollte. Kunst befürchtete, dass die Nuancen seiner Argumentation dann vergessen sein würden. Das dürfte wiederum proisraelischen Ratsmitgliedern entgegen gekommen sein, die sich noch einmal vergewisserten, dass Scharf auch tatsächlich auf ihrer Seite war<sup>44</sup>. Kunst hoffte hingegen, dass er die noch ausstehende Abstimmung zu seinen Gunsten beeinflussen könnte und setzte dabei auf die ‚Brüder‘ aus der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland (VELKD)<sup>45</sup>.

Um den Druck der kirchlichen Öffentlichkeit zu minimieren, bemühte sich Kunst in der Zwischenzeit darum, den Generalsekretär der Evangelischen Studentengemeinden (ESG) – Heinrich Constantin Rohrbach – von einem Plädoyer für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen abzubringen<sup>46</sup>. Doch letztlich konnte Kunst das proisraelische Vorgehen der ESG und der ihr nahestehenden Evangelischen Akademikerschaft (EAIK) nur verzögern, nicht aber verhindern. Denn im Anschluss an eine Verlautbarung der EAIK beschloss die Hochschulkommission der ESG auf ihrer Bonner Sitzung vom 6. bis 8. Januar 1965 eine Stellungnahme zugunsten des Botschafteraustausches. Den Bemühungen Kunsts standen die Freudenbergs und Gollwitzers gegenüber, die in weiteren Briefen an Scharf appellierten, seinen proisraelischen Kurs beizubehalten<sup>47</sup>.

In der 27. Sitzung des Rates der EKD vom 15. und 16. Oktober 1964 in Berlin legte Niesel den von ihm erarbeiteten Entwurf einer Stellungnahme vor, welcher während dieses Treffens nur marginal überarbeitet wurde. Kunst konnte die Abstimmung nicht mehr wie geplant beeinflussen, da auch etliche Bischöfe der VELKD zugunsten dieses Briefes votierten. Dem Bonner EKD-Beauftragten kam der Rat insofern entgegen, als der Text vertraulich bleiben und nicht

---

43 So Protokoll der EKD-Ratssitzung vom 26. und 27.8.1964 in Berlin, TOP 10 (EZA Berlin 2/1810) und Brief Kunsts an Riedel vom 2. 10. 1964 (EZA Berlin 87/850).

44 Vgl. Brief Wilms an Scharf vom 24.8.1964 (EZA Berlin 81/2/256).

45 So Brief Kunsts an Riedel vom 2.10.1964 (EZA Berlin 87/850).

46 So Brief Kunsts an Rohrbach vom 24.9.1964 (EZA Berlin 87/850).

47 So Brief Freudenbergs vom 25.9. und Brief Gollwitzers an Scharf vom 17.11.1964 (EZA Berlin 81/2/256).

veröffentlicht werden sollte. Damit sollte verhindert werden, dass die Bundesregierung von der verfassten Kirche an den Pranger gestellt werden würde. So wurde Kunst beauftragt, das von Scharf am 26. Oktober unterzeichnete und an Bundespräsident Lübke adressierte Schreiben bei letzterem persönlich abzugeben. Erhard, Schröder und Gerstenmaier sollten Kopien erhalten<sup>48</sup>. Der Wortlaut des Briefes war:

„Hochverehrter Herr Bundespräsident! Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland wird von der schweren Sorge bewegt, daß mit dem Abschluß der Wiedergutmachung an den Staat Israel im kommenden Jahre die schmale Beziehung zwischen der Bundesrepublik und dem israelischen Staate zum Abbruch gelangt. Nach allem, was wir Deutschen den Juden gegenüber auf uns geladen haben, muß es eine vordringliche Aufgabe der deutschen Politik sein, unser Verhältnis zu Israel zu normalisieren. Materielle Leistungen allein vermögen das nicht. Was wir dringlich brauchen, ist vielmehr, daß die persönlichen Beziehungen, wie sie unter Völkern üblich sind, hergestellt und also Botschafter ausgetauscht werden, die aus dem einstigen Gegeneinander und dem jetzigen Nebeneinander ein normales Miteinander zu machen suchen.

Wir wissen wohl, daß die Bundesregierung sich bisher in dieser Hinsicht zurückgehalten hat, weil sie bei Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel angesichts der Spannungen zwischen diesem und den arabischen Staaten von letzteren Rückwirkungen befürchtet, die sich auf die Wiedervereinigung Deutschlands nachteilig auswirken könnten. Wir verstehen diese Sorge. Muß aber nach allem, was wir Deutschen den Juden angetan haben, nicht die Sorge den Vorrang haben, nichts zu versäumen, was die Versöhnung mit Israel wirksam fördern könnte? So bitten wir die Bundesregierung, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen und gleichzeitig den arabischen Staaten deutlich zu machen, daß dieser Schritt nicht gegen sie gerichtet ist.

---

48 Vgl. Brief Kunsts an Gerstenmaier vom 6.11.1964 (EZA Berlin 87/850) und an Beckmann vom 27.2.1965 (EZA Berlin 87/850). – Erst nach dem 12.5.1965 wurde die kirchliche Öffentlichkeit von der Bitte an die Bundesregierung in Kenntnis gesetzt. Vgl. auch *KJ* 91 (1964). Gütersloh 1966, 76.

Dem schließen wir die dringliche Bitte an, alle Möglichkeiten auszus schöpfen, um zu verhindern, daß deutsche Fachleute sich an der Herstellung von Angriffswaffen gegen Israel beteiligen.

Wir tragen der Bundesregierung diese Bitten vor, weil es sich dabei angesichts unserer Vergangenheit um moralische Erfordernisse ersten Ranges handelt. Nur wenn das deutsche Volk seine Entscheidungen von solchem Grunde her trifft, darf es hoffen, daß auch seine eigene Zukunft heil werden wird.<sup>49</sup>

Der im Namen des gesamten Rates der EKD („wir“) verfasste Brief ging von der Sorge aus, dass auf das baldige Ende der Verpflichtungen aus dem ‚Schilumim‘-Abkommen womöglich keine weiteren deutsch-israelischen Beziehungen folgen könnten. Der Rat war der Meinung, dass wegen der deutschen Schuld an den Juden der Normalisierung der deutsch-israelischen Beziehungen gegenüber deutschlandpolitischen Erwägungen Priorität zukomme. Zudem müsse Bonn alles tun, damit sich deutsche Fachleute nicht mehr an der Herstellung ägyptischer Angriffswaffen beteiligen würden. Die Argumentation des Textes zielte auf einen Primat der Ethik („moralische Erfordernisse“) gegenüber der Realpolitik. Die Pflicht zur Versöhnung war den Ratsmitgliedern wichtiger als strategisches Kalkül hinsichtlich des Risikos einer Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten. Der solenne Schlusssatz über die Zukunft scheint auf eine fast schon geschichtstheologisch anmutende Hoffnung hinauszuwollen, die eine innere wie äußere Heilung des deutschen Volkes beinhaltet. Vom Kontext her impliziert das auch die Erwartung, dass eine mögliche Wiedervereinigung Deutschlands aus einer jetzt getroffenen moralischen Entscheidung gegenüber Israel resultieren würde.

---

49 Brief Scharfs an Lübke vom 26.10.1964, Kopie (EZA Berlin 2/5254 und 81/2/256). Ohne den Briefschluss, der die Hochachtung des Unterzeichnenden für den Bundespräsidenten ausdrückte. – Entspricht Protokoll der EKD-Ratssitzung vom 15./16.10.1964, Anlage 2 (EZA Berlin 2/1810; Kopie in 87/850). – Vgl. *Wolffsohn*, Michael: *Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen*. München / Zürich 1988, 134; und *Hansen*, Niels: *Aus dem Schatten der Katastrophe. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad Adenauer und David Ben Gurion. Ein dokumentierter Bericht. Mit einem Geleitwort von Shimon Peres (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 38)*. Düsseldorf 2002, 593 (dort zit. ohne Quellennachweis).

Am 6. November wurde Kunst beim Bundespräsidenten vorstellig und sprach mit ihm persönlich über das Schreiben des EKD-Rates. Lübke bekräftigte erneut die deutschlandpolitische Haltung der Bundesregierung, aus der resultiere, dass der Bitte der EKD zurzeit nicht entsprochen werden könne. Kunst stimmte dem Bundespräsidenten zu, weil er zwar „als Christenmensch“ die Überzeugungen des Rates teile, als Staatsbürger jedoch ein politisches Vorgehen bevorzuge, welches die Araber nicht echauffiere<sup>50</sup>. Damit präferierte Kunst die Real- gegenüber der Moralpolitik.

Drei Tage später, am symbolträchtigen Datum des 9. November, wandte sich Freudenberg in seiner Funktion als Vorstandsmitglied des ‚Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit‘ an den Rat der EKD mit der Bitte, eine vom Koordinierungsrat veranlasste Unterschriften-Petition öffentlich zu unterstützen. Der Koordinierungsrat, der aufgrund seines Charakters als angesehener politischer Interessenverband nicht ignoriert werden konnte, hatte seine Unterschriftensammlung am 26. Oktober mit den Leitworten „Schluß mit der Diskriminierung Israels“ und „Wir fordern diplomatische Beziehungen!“ gestartet<sup>51</sup>. Mitte November konnten schon um die 20 000 Unterschriften gezählt werden. Als Freudenberg die Mitglieder des Rates der EKD um eine Weiterempfehlung der Petition bat, wusste er nichts von dem Brief des Ratsvorsitzenden an den Bundespräsidenten, welcher bewusst vertraulich bleiben sollte, damit der Rat gerade nicht an die Öffentlichkeit treten musste. Dementsprechend war das Antwortschreiben von Hermann Kunst an Freudenberg in einem freundlichen und gleichzeitig zurückhaltenden Ton verfasst, womit er seine eigentliche Haltung diplomatisch verschleierte<sup>52</sup>. Der Bonner EKD-Bevollmächtigte fürchtete indes, dass sich Scharf oder Wilm für eine

---

50 Brief Kunsts an Gerstenmaier vom 6.11.1964 (EZA Berlin 87/850). – Vgl. Brief Kunsts an Scharf (ebd.).

51 Flugblatt zur Petition (EZA Berlin 81/2/256 und 87/890). – Die Unterschriftensammlung wurde in Kooperation mit dem ‚Deutschen Gewerkschaftsbund‘ durchgeführt. – Vgl. Brief Freudenbergs an Kunst vom 17.11.1964 (EZA Berlin 87/850); Brief Freudenbergs an Scharf, Kunst, Beckmann und Wilm vom 9.11.1964 (EZA Berlin 87/850 und 81/2/256); sowie *Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit*, Aufruf (wie Anm. 30), 627–628.

52 So Brief Kunsts an Freudenberg vom 12.11.1964 (EZA Berlin 87/850).

öffentliche Unterstützung der Unterschriftenaktion stark machen könnten, was den Vertraulichkeitscharakter des Schreibens an Lübke obsolet machen würde. Erneut hoffte Kunst, die „Brüder aus der Vereinigten Lutherischen Kirche“ würden sein Anliegen sekundieren<sup>53</sup>.

Auf die Beschlüsse der Landeskirchen hatte der EKD-Bevollmächtigte in Bonn aber nur geringen Einfluss. Mit der hannoverschen Landessynode machte sich ausgerechnet eine Mitgliedskirche der VELKD öffentlich für eine deutsch-israelische Annäherung stark. Die nach einer fünfstündigen Diskussion am 12. November beschlossene Verlautbarung unterschied sich darin von anderen Stellungnahmen, dass sie der Bundesregierung nicht das Heft aus der Hand nehmen wollte und lediglich „weiterhin gangbare Wege mit dem Ziele eines geordneten politischen Zusammenlebens beider Staaten“ einforderte<sup>54</sup>. Diese vage Formulierung musste allerdings im gegenwärtigen politischen Klima für ein Plädoyer zugunsten des Botschafteraustausches gehalten werden. Angesichts dieser und anderer proisraelischer Voten kam der bayerische Oberkirchenrat Heinrich Riedel, ständiger Vertreter des Landesbischofs und selbst Mitglied des Rates der EKD, von seiner bisherigen Haltung, die mit der von Kunst korrelierte, zunehmend ab. Riedel fragte sich nun selbst, ob „ethische Gesichtspunkte nicht ein stärkeres Gewicht haben als die Rücksicht auf die Araber.“<sup>55</sup>

Ende des Monats und Anfang Dezember lagen dem Ratsvorsitzenden Scharf die inhaltlich übereinstimmenden Schreiben von Lübke, Erhard und Schröder vor, die eine Antwort auf das bisher vertraulich gehaltene Plädoyer des Rates darstellten. Die Politiker bekräftigten die Position, dass sich die Haltung der Bundesrepublik gegenüber Israel zwar grundsätzlich nach moralischen Grundsätzen zu richten habe. „Bei der Entscheidung, wann wir diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehmen sollten, müssen jedoch auch andere

---

53 Brief Kunsts an Riedel vom 12.11.1964 (EZA Berlin 87/850).

54 *Hannoversche Landessynode*: Zur Israelfrage. In: *Junge Kirche* 25 (1964), 702–703.

55 Brief Riedels an Kunst vom 23.11.1964 (EZA Berlin 87/850).

Gesichtspunkte in Betracht gezogen werden.“<sup>56</sup> Das Wort ‚wann‘ ließ erkennen, dass die Bundesregierung den Botschafteraustausch nicht prinzipiell ausschloss, jedoch auf eine Situation zu warten gedachte, die dem Hauptziel ‚Wiedervereinigung‘ weniger abträglich erschien.

In der 28. Sitzung des Rates der EKD vom 3. und 4. Dezember 1964 in Berlin nahm man die Antwort der Bundesregierung zur Kenntnis. Um einerseits den deutschlandpolitischen Interessen Bonn nicht entgegenzuarbeiten und andererseits dem öffentlichen Druck, der sich erneut mit der Petition des DKR aufgebaut hatte, ein Stück weit nachzugeben, erklärte schließlich der Rat in einem Kommuniqué an die kirchlichen Presse-Redaktionen, dass er seine ‚Erwägungen‘ bezüglich der deutsch-israelischen Beziehungen und der in Ägypten tätigen deutschen Rüstungsexperten der Bonner Regierung übermittelt habe. Auch wenn bewusst keine Details weitergegeben wurden, verlor der Brief an Lübke damit seine ursprünglich intendierte Vertraulichkeit. Schon am 4. Dezember meldete der Evangelische Pressedienst (epd) den Vorstoß des Rates der EKD<sup>57</sup>. Prompt musste sich der Rat den Vorwurf gefallen lassen, dass sich die Kirche, welche sich um geistliche Dinge zu kümmern habe, überhaupt derart politisch artikuliere. Andere Stimmen waren radikaler und forderten gegenüber dem Rat, dass die Israelis das widerrechtlich von ihnen gestohlene Land endlich räumen müssten<sup>58</sup>. Dies waren gegenüber der Präponderanz proisraelischer Appelle jedoch Einzelvoten.

Nachdem das Engagement des Rates der EKD publik geworden war, tat sich die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland leichter, am 15. Januar 1965 in Bad Godesberg die Bundes-

---

56 Brief Erhards an Scharf vom 28.11.1964 (EZA Berlin 81/2/256; Kopie in 87/850). – Vgl. Brief Lübkes an Scharf vom 26.11. und Brief Schröders an Scharf vom 2.12.1964 (EZA Berlin 81/2/256; Kopien in 87/850).

57 S. auch Kommuniqué über die Sitzung des Rates der EKD am 3./4.12.1964 in Berlin (EZA Berlin 2/1896); Protokoll der EKD-Ratssitzung vom 3./4.12.1964, Kopie (EZA Berlin 2/1811 und 87/850); und Meldung „EKD-Synode 1965 in Frankfurt/Main und Magdeburg“. In: Evangelischer Pressedienst, Zentralausgabe (epd. ZA) Nr. 280 vom 4.12.1964 [stets o. A. und o. S.].

58 S. auch Brief von Otto Kanold an den EKD-Rat vom 5.12.1964; und Brief von Alfred Höhne an den EKD-Rat vom 8.12.1964 (EZA Berlin 81/2/256).

regierung zu einem baldigen Botschafteraustausch aufzufordern<sup>59</sup>. Dieser Synodalbeschluss wurde am 27. Februar an Außenminister Schröder übermittelt – zu einem Zeitpunkt, als auch die Leitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (West) ihrer Sorge um die Zukunft der deutsch-israelischen Beziehungen Ausdruck verlieh<sup>60</sup>. Das waren dann auch die Wochen, in denen sich die Ereignisse überstürzten. Als Schröder am 11. März antwortete, brauchte er nur noch auf den am 7. März gefassten Entschluss des Bundeskanzlers über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen hinzuweisen.

---

59 So Beschluss Nr. 34 vom 15.1.1965. In: *Evangelische Kirche im Rheinland: Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden*. Handreichung Nr. 39 für Mitglieder der Landessynode, der Kreissynoden und der Presbyterien in der Evangelischen Kirche im Rheinland. O. O. 1985, 115. – Auch wiedergegeben im Brief Beckmanns an Kunst vom 24.2.1965 (EZA BERLIN 87/850). – Vgl. Meldung „Aus ethischen und menschlichen Gründen“. In: epd. ZA Nr. 12 vom 15.1.1965.

60 S. auch Briefe Kunsts an Beckmann und Schröder vom 27.2.1965 (EZA Berlin 87/850); und Brief Schröders an Beckmann vom 11.3.1965, Kopie (EZA Berlin 87/850). – Zur berlin-brandenburgischen Erklärung s. Meldung „Tiefe Sorge‘ um Beziehungen zu Israel“. In: epd. ZA Nr. 40 vom 17.2.1965. Indem man sich hier auf die West-Berliner Synodalerklärung von Januar 1960 berief (*Rendtorff, Rolf / Henrix, Hans Hermann* [Hg.]: *Die Kirchen und das Judentum. Dokumente von 1945–1985. Gemeinsame Veröffentlichung der Studienkommission Kirche und Judentum der EKD und der Arbeitsgruppe für Fragen des Judentums der Ökumene-Kommission der Deutschen Bischofskonferenz*. Paderborn / München 1989, E.III.15, 551f.), machte man deutlich, dass der Glaube an die bleibende Erwählung des jüdischen Volkes Auswirkungen auf das politische Engagement gegenüber dem Staat Israel habe.